

Rede in Königswinter beim CSP November 2015

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

viele Erinnerungen werden geweckt, wenn ich wie heute auf dem Flughafen Köln/Bonn lande. Von 1990 bis 1999 war es für mich wöchentliche Routine, allerdings mit dem anfänglichen Gefühl, in einer anderen Welt zu sein.

Dass ich als sozialisierter Ostdeutscher und praktizierende Ärztin einmal an der Wirkungsstätte von Konrad Adenauer und mit Helmut Kohl an der Seite in einem wiedervereinigten Deutschland politisch tätig sein würde, war für mich vor 1989 / 90 nicht vorstellbar. Eine unmenschliche Grenze, die uns trennte, hielt ich für unüberwindbar.

Allerdings war die Grenze Anfang der 50iger Jahre noch nicht fest betoniert.

Gestatten Sie mir deshalb einen kleinen persönlichen und geschichtlichen Rückblick.

In Eisenach 1946 geboren zog meine Familie 1957, die außer mir nur aus gebürtigen Berlinern bestand, wieder nach Berlin.

Meine großen Ferien verbrachte ich bereits vor unserem Umzug nach Berlin häufig bei meinen Großeltern in Kladow, das zu West-Berlin gehörte. Sie wohnten in einem Haus, im Wald gelegen, nicht weit vom Ufer des Groß Glienicker Sees entfernt. Bei den Spaziergängen erzählte mein Großvater von der Grenze, die mitten durch den See verlief, weshalb das Baden dort nicht erlaubt war. Diese „Grenzerfahrung“ war aber damals für mich wenig von Interesse, denn ich konnte diese Grenze passieren. Auch nach dem Umzug nach Berlin verbrachten wir die meisten Wochenenden bei den Großeltern in Kladow.

Im Juli und August 1961 hatten wir große Ferien und ich war mit meiner Mutter und meinem Bruder auf der Insel Usedom. Am Morgen des 13. August weckte mich meine Mutter, aufgeregt und weinend, und teilte mir mit, dass die Grenze nach Westberlin geschlossen wurde.

Für mich war das damals nicht zu begreifen. Ich konnte mir einfach nicht vorstellen, dass man Berlin mit einer Mauer durchziehen könnte, die Familien, Freunde und eine ganze Stadt brutal trennen würde. Trotz zweier deutscher Staaten war es bislang möglich gewesen, zu Fuß oder mit der S-Bahn die damaligen Sektorengrenzen zu überschreiten und beide Stadthälften zu besuchen. Das war nun Vergangenheit. Unsere Familie, wie viele andere Familien auch, wurde Opfer des Kalten Krieges.

Meine Großeltern, die von uns immer vergeblich eine Übersiedlung nach West-Berlin gefordert hatten, sah ich noch zwei Mal. Bei ihrer Beerdigung Jahre später durfte nicht einmal ihr Sohn, also mein Vater, an der Beerdigung teilnehmen.

Die Jahre vor jenem Augusttag waren von Massenfluchten aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland geprägt. Auch mein Vater half vielen Verwandten aus Thüringen bei ihrer Flucht nach Westberlin.

Allein vom 1. bis 14. Juni 1961 flüchteten ca. 10 000 DDR Bürger über Ostberlin nach Westberlin und von dort in die Bundesrepublik. Die DDR musste reagieren, denn nicht nur Arbeiter, Bauern und Ingenieure verließen das Land, sondern auch viele Ärzte, die dringend gebraucht wurden. Hinzu kamen viele regelmäßige Pendler, auch Grenzgänger genannt, die im Ostteil Berlins wohnten und in West-Berlin arbeiteten und eine Art Sogwirkung erzeugten.

Mangelwirtschaft und politische Repressalien sorgten für eine zunehmend schlechte Stimmung in der DDR.

Ulbricht baute daraufhin 1961 durch Deutschland und um die DDR eine unmenschliche und tödliche Grenze, die auch nach dem Willen Honeckers im Januar 1989 noch 100 Jahre Bestand haben sollte.

Meine Damen und Herren,

Sie haben sicher die vielen Dokumentationen in diesem Jahr aus Anlass des 25. Jahrestages der Wiedervereinigung Deutschlands im Fernsehen verfolgt.

Lassen Sie mich aber noch einmal betonen, dass der sogenannte „antifaschistische Schutzwall“ die Menschen in der DDR auf Jahrzehnte einmauerte. Mauer, Stacheldraht, Selbstschussanlagen und Todesstreifen waren nach innen gerichtet. Menschen wurden wie Freiwild gejagt und erschossen. Circa 1000 Menschen, es gibt bisher keine zuverlässige Zahlen, verloren an der innerdeutschen Grenze ihr Leben, weil sie nur eins wollten: Freiheit und Demokratie.

Das Leben in der DDR gestaltete sich überwiegend schwierig, nicht nur wegen der Mangelwirtschaft. Die politische Bevormundung und umfassende Bespitzelung der Bevölkerung durch die Staatssicherheit als „Schwert und Schild der Partei“ und die Errichtung eines Unrechtsstaates erforderte entweder unvoreingenommene Zustimmung zum Arbeiter- und Bauernstaat oder ein Leben zwischen innerem Widerstand und äußerer Anpassung. Es entstand eine Nischengesellschaft, die im Arbeits- und öffentlichen Leben eine andere Sprache erforderte als im Freundes- und Familienkreis. Man sprach mit gespaltener Zunge. In der Öffentlichkeit hielt man sich mit der persönlichen Meinung weitestgehend zurück während man in der Privatsphäre eher zur freien Meinungsäußerung neigte. Aber leider war man auch dort vor Bespitzelungen nicht sicher, wie viele Staatssicherheitsakten heute belegen. Viele Menschen bezahlten die freie Meinungsäußerung nicht nur mit Gefängnis oder dem Verlust der beruflichen Laufbahn.

Dass bis 1987 in der DDR noch die Todesstrafe existierte, ist vielen nicht bekannt. Sie wurde 52-mal wegen politischer Delikte, 89-mal wegen NS-Verbrechen und 70-mal wegen krimineller Taten vollstreckt.

1981 erfolgte die letzte Hinrichtung. Es war ein Hauptmann der Staatssicherheit, der wegen Spionage zum Tode verurteilt wurde. Jedes Todesurteil wurde durch die Unterschrift der Staatsratsvorsitzenden Ulbricht und Honecker legitimiert.

Die Bürger in der Bundesrepublik erlebten dagegen den Aufbau einer freiheitlichen und demokratischen Rechtsordnung, gepaart mit einem Wirtschaftsaufschwung durch die soziale Marktwirtschaft und einem sich zusammenschließenden Europa. Die Grenzen standen für die Westdeutschen weltweit offen und man konnte auch ganz gut ohne die DDR leben, wenn nicht gerade familiäre Bindungen vorhanden waren.

Der 17. Juni wurde als willkommener Feiertag genossen, obwohl er an die brutale Unterdrückung eines Aufstandes in der DDR 1953 erinnerte.

Der politische Umgang mit der DDR und den osteuropäischen Staaten war jahrzehntelang Zankapfel zwischen den Fraktionen im Deutschen Bundestag.

Zwischen der Ablehnung der DDR-Machthaber durch die CDU/CSU und einer Politik der Annäherung und Anerkennung durch die SPD gab es heftige Diskussionen um den besten Weg. Übereinstimmend über die Parteigrenzen hinweg war das Bemühen um Erleichterungen für die DDR-Bürger.

Meine Damen und Herren,
auch wenn ich persönlich viel unter der Trennung quer durch meine Familie gelitten habe, denn auch meine Schwester war bereits Ende der 50er Jahre nach Frankfurt a. Main geflüchtet, versuchte ich, das Beste aus meinem Leben in der DDR zu machen. Mein Beruf als Ärztin machte mir viel Freude und meine Familie mit meinen beiden Kindern ließen das Gefühl der Unfreiheit, des „Eingesperrtseins“ oft vergessen. Das Leben in der DDR hat uns geprägt. Wir reagieren deshalb vielleicht zu sensibel auf den Vorwurf, warum habt Ihr Euch das gefallen lassen und seid nicht früher auf die Straße gegangen. Diese Menschen wissen nicht, wovon sie reden. Ich kann sie nur auf den 17. Juni 1953 oder den Prager Frühling und die gewaltsame Niederschlagung durch die Warschauer Truppen 1968 erinnern.

Erst die Politik mit Glasnost und Perestroika durch Michael Gorbatschow ab 1985 ließen in der DDR Hoffnungen auf mehr Demokratie, freie Meinungsäußerung und freie Wahlen zu. Mutige Bürgerrechtler, die vorher unter dem Schutz der Kirchen bereits solche Forderungen erhoben hatten, gaben den Menschen Mut, auf die Straße zu gehen. Sie demonstrierten gegen einen Staat, der durch das wirtschaftliche Desaster, das abgrundtiefe Misstrauen mit einer unvorstellbaren Bespitzelung und einer politischen Bevormundung gegen seine Bürger bis in die Familien hinein ohnehin längst das Vertrauen verloren hatte. Die öffentlich gewordenen gefälschten Kommunalwahlen im Mai 1989 und die Massenfluchten über die Botschaften der Bundesrepublik in Budapest, Prag und Warschau brachten das „Fass endgültig zum Überlaufen“. Auch die z.T. blutigen Übergriffe von Staatssicherheit und Polizei zu Beginn der Demonstrationen nicht nur in Leipzig und Berlin, sondern auch in anderen Städten der DDR, konnten den Willen nach mehr Freiheit und Demokratie in der DDR nicht mehr brechen.

Es ging aber zunächst nur um eine Veränderung der politischen Verhältnisse in der DDR.

Dass der Wille zur Wiedervereinigung und das Festhalten an der Präambel des Grundgesetzes, „die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“ durchaus keine Selbstverständlichkeit war, zeigen die Aussagen einiger Politiker der SPD und anderer Parteien, die ich als Beispiele hier nennen möchte:

So wurde in dem am 13. März 1989 geschlossenen Koalitionsvertrag zwischen der Westberliner SPD und der Alternativen Liste u.a. folgendes formuliert:

„...Eine Europäische Friedensordnung wird es in überschaubarer Zeit nur mit zwei gleichberechtigten deutschen Staaten geben können, die ihre Existenz gegenseitig nicht infrage stellen...“

Gerhard Schröder sagte am 12. Juni 1989, also nur 5 Monate vor dem Fall der Mauer: „Nach 40 Jahren Bundesrepublik Deutschland sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.“

Und Joschka Fischer setzte fast zeitgleich noch eins drauf:

„Die Forderung nach der Wiedervereinigung halte ich für eine gefährliche Illusion. Wir sollten das Wiedervereinigungsgebot aus der Präambel des GG streichen.“

Welch ein Irrglaube deutscher Politiker.

Dass die Ereignisse sich mit der Öffnung der Mauer dann überschlugen, ahnte damals noch niemand. Mit der Äußerung Günter Schabowskis auf der legendären Pressekonferenz am 9. November 1989 und sein Hinweis auf ein neues Reisegesetz, welches nach Rückfrage eines Journalisten

sofort in Kraft treten solle, begann ein Sturm auf die Grenzübergangsstellen in Berlin, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Dass diese Grenze in einer Nacht fallen würde, daran hatte wohl selbst bei der großen Demonstration in Berlin am 4. November keiner geglaubt.

Der Fall der Mauer am 9. November 1989 und die Wiedervereinigung bereits ein Jahr später am 3. Oktober waren für mich die Erfüllung eines Traumes. Dass ich aktiv bei der Gestaltung der Deutschen Einheit mit helfen durfte, erfüllt mich mit Stolz und Dankbarkeit. Honeckers Drohung noch im Januar 1989, dass die Mauer mindestens 100 Jahre weiterhin Bestand haben würde, war eine grundlegende Fehlinterpretation der politischen Veränderungen und eine völlige Fehleinschätzung der Sehnsucht der DDR-Bürger nach Selbstbestimmung und Demokratie.

Allerdings ging es bei der Öffnung der schwer gesicherten Grenze nicht nur um die Freizügigkeit der Menschen. Es ging um Wirtschaft und Recht, um Materielles und Ideelles. Es ging um die Überwindung von mehr als vierzigjähriger Trennung.

Als die Mauer fiel, waren aber die meisten Deutschen in einer solch unglaublichen Euphorie, dass die wirtschaftlichen, sozialen und mentalen Unterschiede und Folgen dieser Entwicklung erst einmal ausgeblendet waren. Es gab fast nur freudige Gesichter mit hohen Erwartungen. Doch bald drängte sich die Wirklichkeit ins Bewusstsein.

Nur 4 Monate nach dem Fall der Mauer konnten die Bürger in der DDR das erste Mal in einer freien Wahl „ihre“ Abgeordneten für das Parlament wählen. Wie die meisten gewählten Abgeordneten ahnte auch ich nicht, dass sich nur wenige Wochen später unser Leben entscheidend verändern sollte. Ingenieure, Pädagogen, Ärzte, Naturwissenschaftler und Theologen verließen ihre gewohnten Lebenskreise, um in Ost-Berlin politische Verantwortung zu übernehmen.

Die friedliche Revolution und die freien Wahlen waren ein Akt demokratischer Selbstbestimmung. Er ging von den Menschen aus, die die Politik zu ihrem Anliegen machten, indem sie die Chance zur Freiheit nutzten, den offenen Dialog forderten und sich für eine friedliche Regelung von Konflikten einsetzen.

Die konkreten Ergebnisse waren weder manipuliert noch trafen die Vorhersagen der Wahlforscher ein. Die Wahlbeteiligung war sehr hoch und lag bei 93 %. Die „Allianz für Deutschland“ ein Wahlbündnis aus CDU, DA und DSU erreichten einen Stimmenanteil von 48,2%, womit ein wesentlicher Schritt in Richtung Einheit getan wurde.

Die Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 waren ein wichtiger Bestandteil des Demokratisierungsprozesses, der sich damals im ganzen Lande vollzog. Die Demokratie, die bereits Jahrzehnte früher mit Hilfe der westlichen Besatzungsmächte Wirklichkeit geworden war, hatte nun in ganz Deutschland gesiegt – und das aus eigener Kraft. Eine höchst beachtenswerte Tatsache deutscher Geschichte. Eine notwendige Voraussetzung zur Herstellung der deutschen Einheit und eine nicht zu unterschätzende „Mitgift“ in die gemeinsame Zukunft.

Was nun folgte, war eine wirklich bemerkenswerte Zeit und eine Sternstunde in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Die letzte Wahlperiode der Volkskammer war die kürzeste Lehre und härteste Bewährungsprobe „in Sachen Politik“.

Nur um die Situation zu verdeutlichen, möchte ich daran erinnern, dass die Mitglieder des 1. Deutschen Bundestages eine Übergangsphase von 1945 bis 1949 hatten, in der sie auf kommunaler und Länderebene sowie im Parlamentarischen Rat demokratische Erfahrungen sammeln konnten.

Mit 164 Gesetzen, 3 Staatsverträgen und 93 Beschlüssen war der Umfang unserer Arbeit gewaltig. Die Zahl der Probleme aber auch.

Im Schnittpunkt noch nicht überwundener Vergangenheit und kaum begonnener Zukunft galt es, möglichst Vieles zu bedenken. Dazu kam der ungeheure Zeitdruck. Bei aller Kritik an Unvollkommenem bleibt die Frage theoretisch: Wer hätte es wie besser machen können?

Als man mir am 4. April, also einen Tag vor der konstituierenden Sitzung mitteilte, dass ich für den Fall der Wahl zur Präsidentin der Volkskammer infolge einer Verfassungsänderung auch gleichzeitig amtierendes Staatsoberhaupt sein würde, fühlte ich mich wie ein Nichtschwimmer mitten in einem stürmenden Ozean. Die Fähigkeiten, Röntgenbilder zu bewerten und medizinische Diagnosen zu stellen oder die Funktion der Ärztlichen Leiterin von 50 disziplinierten Mitarbeitern halfen mir wenig, etwa 200 nicht nur freundlich gesinnten Mitarbeitern des Staatsrates und etwa 300 Mitarbeitern der Volkskammer gegenüber zu treten, ganz abgesehen von der Zügelung eines politisch hoch aufgeladenen Parlamentes.

Ähnlich ging es sicher auch den Ministern und Staatssekretären der Regierung von Lothar de Maizière und den meisten Abgeordneten.

Zu Beginn unserer parlamentarischen Arbeit waren wir zunächst mit äußerst schlechten Arbeitsbedingungen konfrontiert. Es fehlten Büros, Telefone und andere technische Hilfsmittel und auch die Übernachtungsmöglichkeiten für die Abgeordneten waren begrenzt. Ein Vizepräsident wurde eigens für die schnelle Bewältigung dieser Probleme eingesetzt.

Wir waren im Gegensatz zur alten Volkskammer, die in der Regel nur zweimal im Jahr tagte, ein Arbeitsparlament, das fast täglich seine Arbeit zu erledigen hatte.

Trotz meiner anfänglichen Skepsis dem alten Verwaltungsapparat gegenüber nahm ich sehr schnell erstaunt zur Kenntnis, dass viele der Mitarbeiter der Volkskammer und des Staatsrates uns die Unterstützung nicht verweigerten, wohl wissend, dass auch sie nach dem Ende dieses Parlaments Arbeitssuchende sein würden.

Die Einmaligkeit dieses Parlaments war geprägt von der Aufgabe, den Demokratisierungsprozess im Land voranzutreiben, einen Unrechtsstaat in einen Rechtsstaat zu überführen und damit wesentliche Voraussetzungen zur Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu schaffen.

Beispielhaft möchte ich nur einige Entscheidungen und Beschlüsse nennen:

- Bereits in der zweiten Sitzung am 12. April verabschiedete das Plenum eine Erklärung aller Fraktionen, die ein Bekenntnis zur Verantwortung der Deutschen in der DDR zu ihrer Geschichte und ihrer Zukunft beinhaltete.
- Am 17. Mai wurde der Ausschuss Deutsche Einheit gebildet, der die Herstellung der Deutschen Einheit parlamentarisch begleiten sollte. Im Deutschen Bundestag gab es einen gleichen Ausschuss.
- In der 15. Tagung am 17. Juni wurde das Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR verabschiedet, in dem sich die DDR zu einem „freiheitlichen, demokratischen, föderativen, sozialen und ökologisch orientierten Rechtsstaat“ bekannte
- Am 21. Juni gab es eine Erklärung zur Garantie der polnischen Westgrenze.
- Am gleichen Tage wurde das Gesetz zur Schaffung der „Währungs- Wirtschafts- und Sozialunion“ verabschiedet.

- Am 22. Juli beschlossen die Abgeordneten das „Ländereinführungsgesetzes“ mit Wirkung zum 14. Oktober und das „Gesetz über die Wahlen zu den Landtagen“.
- Am Morgen des 23. August gegen 2.30 Uhr erklärte die Volkskammer in ihrer 30. Tagung den „Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990“. Dieser historische Beschluss fand noch im ehemaligen „Palast der Republik“ statt, in dem auch die Volkskammer ihre Räume hatte. Ich persönlich bedaure sehr, dass mit dem Abriss dieses Gebäudes auch die Erinnerung an das frei gewählte Parlament und seinen Beschluss zur Herstellung der Deutschen Einheit verblasst.
- Am 24. August wurde „Das Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personengebundenen Daten des ehemaligen MfS/AfNS“ verabschiedet, welches die Grundlage für die Bildung der heute existierenden Stasiunterlagenbehörde wurde.
- Am 20. September nahmen die Abgeordneten den Bericht des Ministerpräsidenten über das Ergebnis der „2 + 4 Verhandlungen“ zur Kenntnis. Am gleichen Tage erfolgte die Schlussabstimmung über das Gesetz den „Einigungsvertrag“ betreffend - eine wichtige Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands

In der 38. und damit letzten Tagung am 2. Oktober beendeten die Abgeordneten ihre Tätigkeit.

Die größte Herausforderung an unserem Auftrag war: Wir wussten von vornherein, dass wir nicht viel Zeit haben würden. Nicht etwa **eine** Legislaturperiode war uns zugedacht. Nein, wir sollten so schnell wie möglich für unsere Selbstauflösung sorgen. Wir sollten neben der wichtigen und notwendigen Gesetzgebung als Voraussetzung für die Deutsche Einheit dafür sorgen, uns baldmöglichst überflüssig zu machen und unsere Arbeit zu beenden.

Vergleiche hinken natürlich immer, so auch dieser: Suchen Sie heute mal Abgeordnete, die bereit sind dafür zu sorgen, sich selber überflüssig zu machen und dafür einen sicheren Arbeitsplatz zu verlassen. Ich glaube, man findet sie nicht.

Die Diskussionen und das Ringen um den richtigen politischen Weg zur Einheit auch über die Fraktionsgrenzen hinausgehend waren einerseits geprägt von einer großen Sachlichkeit aber auch spontan und emotional stark geprägte Diskussionen konnten eine Wirkung entfalten, deren Folgen wir nicht immer voraus sehen konnten. So erinnere ich z. B. an den sehr emotionalen Diskussionsbeitrag eines Abgeordneten der DSU, der uns darauf hinwies, dass wir immer noch in der Volkskammer unter dem Staatswappen eines untergehenden Staates mit „ Hammer und Zirkel im Ährenkranz“ tagen würden. Das führte am 31. Mai zu einem Beschluss des Plenums, dass das Staatswappen der DDR von allen öffentlichen Gebäuden zu entfernen sei. Plötzlich erreichten mich in meiner Funktion als amtierendes Staatsoberhaupt zahlreiche empörte Anrufe von Botschaftern aus allen möglichen Ländern dieser

Welt, ob dieser Beschluss auch für ihre Botschaften gelte. Ich bin mir sicher, dass nicht alle Botschafter diesen Beschluss umgesetzt haben.

Die frei gewählte Volkskammer war ungeheuer fleißig, auch wenn manchmal ein falscher Eindruck entstand. Alle Sitzungen wurden vom Fernsehen übertragen. So kam es auch mehrmals dazu, dass durch unvorhergesehene Unterbrechungen der Tagungen, wie z.B. am 17. Juni oder in der Nacht vom 22. zum 23. August ein leerer Plenarsaal zu sehen war, weil in den Fraktionen oder im Präsidium über politische Entscheidungen heiß diskutiert wurde bzw. Entscheidungen in Vorbereitung waren. Unsere turbulenten Sitzungen brachte uns in der öffentlichen Meinung sowohl Lob als auch Kritik ein.

Wenn ich an dieses halbe Jahr zurück denke, so bleibt mir die hohe politische Verantwortung in Erinnerung, die uns von der Bevölkerung übertragen wurde. Wir haben uns bemüht, dieser Anforderung gerecht zu werden. Die Unsicherheit über die gemeinsame Zukunft konnten wir allerdings in dieser kurzen Zeit den Menschen in der damals noch existierenden DDR nicht nehmen. Wir haben in unserer Letzten Sitzung der frei gewählten VK die Sorgen und Ängste der Menschen artikuliert, denn trotz der Freude über die gewonnene Freiheit und Demokratie gab es existentielle Sorgen um den Arbeitsplatz, um Eigentum und eine ungewisse Zukunft. In meiner Letzten Rede habe ich u.a. gesagt: „Viel Geduld und Einfühlungsvermögen auf beiden Seiten werden notwendig sein, damit keine Seite Schaden nimmt, damit alte Gräben zugeschüttet werden und neue nicht entstehen können.“

Heute 25 Jahre später, ist erst „zusammengewachsen, was zusammen gehört“, um mit den Worten von Willy Brandt zu sprechen. Eine groß angelegte Studie des Zentrums für Sozialforschung Halle im Auftrag der Bundesregierung hat das in diesem Jahr ergeben. Die Wiedervereinigung sei im Osten für 77 % und im Westen für 62 % der Bürger ein persönlicher Gewinn.

Was bleibt nun von dem Wirken dieser frei gewählten Volkskammer:

Es bleibt die bedeutende geschichtliche Leistung, die, eingebettet in den Gesamtprozess der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, ein bemerkenswertes Stück deutscher Parlamentsgeschichte beinhaltet. Ohne die konkreten gesellschaftlichen Bezüge außer Acht lassen zu wollen, gesellt sich dieses Jahr 1990 würdig zu den herausragenden Daten des Werdens der deutschen Demokratie und der Konstituierung demokratischer Parlamente 1848, 1919 und 1949.

Erinnert sei aber auch an die Leistung der Regierung der DDR unter Lothar de Maizière und die der Bundesregierung unter Helmut Kohl. Dankbar denke ich auch an die Unterstützung durch den Deutschen Bundestag und die vielen bundesdeutschen Beamten, die uns mit Rat und Tat zur Seite standen. Genannt seien aber auch Richard von Weizsäcker und Roman Herzog, die unser Wirken mit viel Sympathie und auch manche Ermutigung begleiteten

Die historische Bedeutung dieser Zeit ist das Ergebnis des Zusammenwirkens der vielen Menschen, die bereit waren, politische Verantwortung zu übernehmen. Das gilt auch für unsere östlichen Nachbarländer und die „Vier Mächte“, die sich für die Beendigung des Kalten Krieges, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und ein gemeinsames Europa eingesetzt haben.

Meine Damen und Herren,

ich habe nur einige Aspekte unseres damaligen Wirkens angesprochen. Die Wertung über die politischen Veränderungen dieser Zeit, unsere damaligen Hoffnungen auf

Frieden in Europa und dessen, was politisch wir heute mit großer Sorge beobachten, werden Historiker heute und in Zukunft beurteilen.

Meine Damen und Herren,
inzwischen ist sehr viel geschehen.

Wir konnten uns bei der Beseitigung der Folgen 40-jähriger sozialistischer Planwirtschaft im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Ländern auf die wirtschaftliche Stärke der Bundesrepublik Deutschland verlassen. Ich sehe die von Helmut Kohl prognostizierten blühenden Landschaften in der ehemaligen DDR. Mit einem riesigen Geldtransfer von 1,6 Billionen € wurde die Aufbauarbeit in den letzten 25 Jahren geleistet. Die marode Bausubstanz wurde beseitigt und heute sehen wir in vielen Städten wie z. B. in Eisenach, Weimar und Erfurt bis an die Ostsee die Ergebnisse. Auch die Infrastruktur, die sozialen Sicherungssysteme, das Gesundheitswesen, die Verwaltung, alles musste erneuert werden.

Betrachtet man die Mehrzahl der Rentner, so haben sie mit ihren heutigen Renten einen Lebensstandard und eine Lebensqualität, von dem sie in der DDR nur hätten träumen können.

Die Leistungsbilanz in der Produktion in den neuen Ländern hat sich erheblich gegenüber den alten Bundesländern verbessert, liegt aber auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung noch etwa 30% unterhalb der westdeutschen.

Auch der mittlere Bruttoarbeitslohn war noch 2012 um ca. 800 € niedriger.

Das gleiche gilt für die Arbeitslosigkeit, die trotz sinkender Zahlen immer noch ca. doppelt so hoch wie in Westdeutschland ist. Vergleicht man diese Bilanz aber mit der von Polen, Tschechien oder Ungarn, relativieren sich diese Aussagen. Nur ein Beispiel: Die Arbeitsproduktivität im verarbeitenden Gewerbe lag in den neuen Bundesländern 2010 bei 75 % des Durchschnitts in Deutschland, in Slowenien bei 51 %, in der Slowakei bei 41 %. In Tschechien und Ungarn bei 38 % und in Polen bei 31 %.

Wir haben in kurzer Zeit viel erreicht, will aber auch hinzufügen, dass die Ergebnisse hätten noch besser sein können, wenn man von Anfang an den beiderseitigen Erfahrungen aufgeschlossener gegenüber gewesen wäre.

Ich möchte nach 25 Jahren Deutscher Einheit aber nicht nur den Blick in die Vergangenheit richten. Für mich ist die Einheit Deutschlands die Erfüllung eines Traumes.

Inzwischen ist eine neue Generation nach dem Fall der Mauer erwachsen geworden. Und glaubt man den jüngsten Umfragen, so sind die Ostdeutschen so optimistisch, wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Gute Freunde, die Übernahme von Verantwortung für die Familie und eine glückliche Partnerschaft gehören in Ost und West zu den wichtigsten Lebenszielen. Die materiellen Werte als Lebensziel folgen erst mit deutlichem Abstand. Die subjektive Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland erreicht einen Höchstwert und unterscheidet sich kaum noch von dem Westen.

Das ist für mich ein Hinweis, dass die Erfahrungen der Wiedervereinigung überwiegend positiv waren und die Erinnerungen an die DDR allmählich verblassen. Sehr schnell haben sich die ostdeutschen Bürger an Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand gewöhnt. Umso befremdlicher ist, dass nur ca. die Hälfte der Wahlberechtigten an den Landtagswahlen in Sachsen (49 %), Thüringen (53 %) und Brandenburg (48%) teilgenommen haben. Haben sie vergessen dass die Wahlfälschungen, die jahrzehntelang in der DDR üblich waren, 1989 einer der Gründe waren, die zu den Massenprotesten führten?

Ich bedaure, dass die Folgen des geteilten Deutschlands so schnell in Vergessenheit geraten sind. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hatte 2014 eine Umfrage in Auftrag gegeben. Gefragt wurden bundesweit 1013 Menschen, was sie mit dem 13. August 1961 verbinden. Dabei wurden verschiedene historische Ereignisse als Antwortmöglichkeit vorgegeben. Die Umfrage machte deutlich, dass bei den unter 30-jährigen nur knapp ein Drittel die richtige Antwort wussten. In den Schulen spielt die jüngere deutsche Geschichte eine nur untergeordnete Rolle. Der 13. August ist ein wichtiges Datum der deutschen Teilungsgeschichte und angesichts von ca. 1000 Todesopfern an der innerdeutschen Grenze ist diese Unkenntnis besorgniserregend.

Meine Damen und Herren,
die Wiedervereinigung Deutschlands und die politischen Veränderungen in den osteuropäischen Ländern beendeten den Kalten Krieg.

Deshalb war ich 1990/91 der Meinung, dass nach der Beendigung des Kalten Krieges und den Abrüstungsbemühungen in Europa wir einer friedlicheren Zukunft entgegen sehen würden.

Was für ein Trugschluss Angesicht der aktuellen politischen Entwicklungen in Syrien, im Irak, im Gazastreifen, in Nordafrika sowie der nicht endenden Flüchtlingsströme nach Europa.

Die Auseinandersetzungen in der Ukraine lassen den Kalten Krieg wieder aufleben und die Angst vor einem Krieg oder terroristischen Auseinandersetzungen wächst auch bei uns in der Bevölkerung.

Das sollte uns Mahnung sein, Frieden und Demokratie nicht als Selbstverständlichkeit zu sehen.

Nur wer den Wert eines freiheitlichen Lebens in einer Demokratie schätzt, wird auch bemüht sein, darum zu kämpfen. Das sollte ein Vermächtnis der älteren Generation an die Jugend sein.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.